

Können Mensch und Wolf koexistieren?

# „Ängste schüren ist nicht hilfreich“

**NÜRNBERG** – Die Geographin Verena Schröder von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU) erforscht die Auswirkungen des Zusammenlebens von Menschen und Wölfen. Ihr Untersuchungsgebiet liegt in der Schweiz, am Calanda-Massiv zwischen den Kantonen Graubünden und St. Gallen. Dort gibt es seit einigen Jahren ein Wolfsrudel in direkter Nähe zu menschlichen Siedlungen.

NZ: Frau Schröder, wie sind Sie „auf den Wolf gekommen“?

**Verena Schröder:** Privat interessiere ich mich schon lange für die Tiere. Aber wissenschaftlich kam die Auseinandersetzung über das Thema meiner Diplomarbeit, die sich mit regionaler Verantwortungswahrnehmung von Skigebietsbetreibern und Konflikten im Wintertourismus beschäftigt hat. Da habe ich auch mit vielen verschiedenen Interessensgruppen zu tun gehabt – und hier liegt die Vergleichbarkeit zur Wolfsthematik. Auch hier muss man sich mit vielen sehr unterschiedlichen Gruppenmeinungen auseinandersetzen.



Verena Schröder  
Foto: privat

NZ: Und warum haben Sie sich für ihre Untersuchungen gerade das Calanda-Massiv in der Schweiz herausgesucht?

**Schröder:** Ich stamme aus Innsbruck und bin dem Alpenraum schon immer sehr verbunden, deswegen wollte ich gern ein Rudel im Alpenraum untersuchen. Das sogenannte Calanda-Rudel gilt als das erste Rudel in der Schweiz – mittlerweile gibt es auch hier drei oder vier – und hat seit seinem Bestehen 2012 jährlich Nachwuchs gezeugt. Deswegen gibt es viele Wanderungsbewegungen in die französischen und italienischen Alpen, aber auch nach Süddeutschland. Eines der Calanda-Jungtiere wurde bei Ulm von einem Auto überfahren.

NZ: Wie geht das Umfeld in der Schweiz mit der Situation um?

**Schröder:** Es gibt eine gewisse Erfahrung mit Herdenschutzhunden, die dort sehr erfolgreich eingesetzt werden. Die Kantonshauptstadt Chur liegt in unmittelbarer Nähe zum Streifgebiet des Rudels und es sind mehrfach Tiere am Ortsrand oder entlang der Gemeinden gesichtet worden. Das liegt daran, dass auch das Rotwild seine Wildwechsel in der Nähe der Siedlungen hat und die Wölfe ihren Beutetieren folgen. Wölfe sind ja auch intelligent und neugierig.

NZ: In Deutschland werden aktuell Abschüsse von zwei Wölfen erwogen – gab es das in der Schweiz auch schon?

**Schröder:** 2015/16 war das tatsächlich genau in meinem Untersuchungsgebiet.

bietet ein Thema. Grund war die damals angenommene Zunahme von sogenannten „Problemwölfen“ – eine Bezeichnung, der ich übrigens sehr kritisch gegenüberstehe. Zu den zwei geplanten Abschüssen ist es aber von offizieller Seite aus nie gekommen, denn es war ein schneearmer Winter. Entsprechend weit oben haben sich die Beutetiere und demzufolge auch die Wölfe aufgehalten. Und es gab auch sehr genaue Vorgaben für die Abschüsse: Sie hätten in Siedlungsnähe passieren müssen und es hätten auch mehrere Wölfe anwesend sein müssen, wegen des Abschreckungseffekts. Allerdings wurde in dem vorgegebenen Zeitraum ein Wolf gewildert und dem Kontingent angerechnet. Dabei wird nach dem Motto „Schießen, Schaufeln, Schweigen“ gehandelt und es ist ja ein offenes Geheimnis, dass das nicht nur in der Schweiz, sondern auch in anderen alpinen Regionen, einschließlich Österreich und Bayern gerne mal so gelöst wird.

NZ: Hat sich denn das Verhalten der Wildtiere durch die Anwesenheit der Wölfe verändert?

**Schröder:** Die Rothirsche befinden sich in den tieferen Lagen, die Gämsen mehr am Fels, die Rehe sind noch stärker versteckt. Die Auswirkungen auf die Jagd sind also stark spürbar. Früher war die Jagd in dem Bereich eher berechenbar, das ist seit den Wölfen vorbei. Die Jagd ist sportlicher, anstrengender, herausfordernder geworden.

NZ: Wie reagieren die Nutztierhalter?

**Schröder:** Sehr unterschiedlich. Manche gehen pragmatisch ran und schaffen sich Herdenschutzhunde an...

NZ: Die in der Schweiz bezuschusst werden?

**Schröder:** Ja, die werden bezuschusst. Die meisten Landwirte haben mir beschrieben, dass sie aber dennoch eher mit einer schwarzen Null rauskommen. Rund 1200 Franken pro Jahr und Hund werden übernommen. Die Schweiz nimmt jedes Jahr etwa 2,5 Millionen Franken für Herdenschutzmaßnahmen in die Hand. Aber natürlich ist die Haltung der Hunde und deren Überführung auf die Alpe ein Mehr-Aufwand. Andererseits wird man in der Schweiz in einem Gebiet mit durchgängiger Wolfspräsenz auch nur dann entschädigt, wenn man in den Herdenschutz investiert hat. Deswegen macht das die überwiegende Zahl der Nutztierhalter. Natürlich habe ich auch mit Landwirten gesprochen, die Schutzhunden gegenüber eher kritisch eingestellt sind. Insgesamt betrachtet passieren aber eher wenige Vorfälle mit Nutztieren in meinem Untersuchungsgebiet.



Auch in der Schweiz wurden – wie derzeit in Norddeutschland und in Bayern – Wolfsabschüsse durchaus diskutiert. Dazu gekommen ist es bis heute nicht.  
Foto: Carsten Reehder, dpa

NZ: Worauf führen Sie das zurück?

**Schröder:** Zum einen auf das Rudel an sich, denn Nutztierrisse werden ja meist von Einzeltieren oder durchziehenden Wölfen verursacht. Der Herdenschutz funktioniert hiergegen auch gut. Zum anderen ist das Calanda-Rudel auf Rotwild spezialisiert, es erbeutet selbstverständlich aber auch Rehe und Gämsen. Die Wildbestände sind – wie in Bayern übrigens auch – sehr hoch. Dies ist ein zentraler Grund, warum sich Wölfe hier wohlfühlen. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die hohen Bestände vom Menschen beeinflusst sind. Ich nenne nur das Stichwort Winterfütterung. In Graubünden ist diese mittlerweile verboten.

NZ: Wie würden Sie nach ihren Recherchen das allgemeine Stimmungsbild in der Bevölkerung die Wölfe betreffend beschreiben?

**Schröder:** Im untersuchten Gebiet ist schon eine Mehrheit für die Wölfe. Ich schätze, dass heute so 70 Prozent der Bevölkerung die Rückkehr befürwortet. Aber das ist eben auch eine Erfahrungssache, noch vor wenigen Jahren wurde die Diskussion viel emotionaler geführt. Ich denke, dass generell in der Wolfsdebatte Zeit und Erfahrung zentrale Themen sind.

NZ: Was könnte denn der Freistaat Bayern Ihrer Meinung nach aus den Erkenntnissen mit dem Calanda-Rudel lernen?

**Schröder:** Auf jeden Fall den Austausch zu suchen mit den vielen Beteiligten, die in dieser Hinsicht schon

Erfahrungen gesammelt haben. Und man muss definitiv Geld in die Hand nehmen was Präventionsmaßnahmen anbelangt und darf die Landwirte nicht mit dem Thema alleine lassen. Aber es ist sicher nicht sehr hilfreich, permanent Ängste zu schüren, wie dies derzeit einige politische Vertreter tun. Von einer verantwortungsvollen und zukunftsorientierten Politik würde ich mir erwarten, das Thema Wölfe ganzheitlicher zu betrachten und auch ihre ökologische Rolle in das Blickfeld zu nehmen. Denn wie aus meinen Befragungen hervorgeht, ist seit der Etablierung des Calanda-Rudels die für den Schutzwald sehr wichtige Weißtanne wieder höher gewachsen, da der Verbiss an jungen Bäumen durch Rot- und Rehwild abgenommen hat...

NZ: Das Vorkommen von „Problemwölfen“ streiten Sie aber nicht generell ab, oder?

**Schröder:** Ich versuche den Begriff „Problemwolf“ nicht in den Mund zu nehmen, weil ich den wirklich sehr kritisch sehe. Ich bin Wissenschaftlerin, meine Aufgabe ist es nicht zu werten sondern Dinge zu analysieren. Ich habe mir im Laufe meiner Arbeit sehr genau angesehen, wer den Begriff geprägt hat und wer ihn verwendet. Ich sehe es kritisch, Tiere, die nicht in unsere gesellschaftlichen Regularien und Muster passen, mit einem Etikett zu versehen. Natürlich gibt es Wölfe, die von den vorhergesehenen Verhaltensweisen abweichen – indem sie etwa lernen, Schutzzäune zu überwinden. Herausfordernd wird es dann,

wenn diese Wölfe dieses erlernte Wissen weitergeben. Deswegen gibt es hier ja auch die rechtliche Grundlage, solche Wölfe dann zu entnehmen.

NZ: Dieser Fall steht in Norddeutschland unmittelbar bevor, wo zwei wilde Wölfe zum Abschuss freigegeben wurden – einer davon soll über 40 Nutztiere gerissen haben. Ist her ein Abschuss gerechtfertigt?

**Schröder:** Ich habe die Debatten mitverfolgt. Bei dem Fall mit den 40 Rissen handelt es sich um den Alpha-Rüden eines Rudels. Ich tue mich sehr schwer hier ein Urteil abzugeben, merke aber an: Einen Alpha-Rüden aus einem Rudel zu entfernen kann für die Nutztiere, die geschützt werden sollen, nicht unbedingt ein Vorteil sein, weil die Rudelstruktur auseinanderbricht. Der zweite Fall in Schleswig-Holstein ist anders gelagert: Hier haben wir einen einzelnen Rüden, der wolfsichere Zäune überspringen kann. Wenn dieser Wolf Jungtiere zeugt, kann es sein, dass er diese Strategie weitergibt.

NZ: Ist ganz Bayern bis 2025 Wolfsländ?

**Schröder:** Die Reise wird dahingehen, dass sich immer mehr Rudel bilden – und der Bayerische Alpenraum wird von dieser Entwicklung höchstwahrscheinlich nicht ausgenommen sein. Die Rahmenbedingungen passen: Es gibt unheimlich viel Rot- und Rehwild, der Bestand ist so hoch wie noch nie. Je früher man also von politischer Seite aktiv wird, desto besser!

Fragen: Sebastian Linstädt

Laut Senckenberg-Institut

## Wolfshybride bleiben selten

**FRANKFURT/Main** – Wölfe und Hunde haben in Deutschland weitaus seltener gemeinsamen Nachwuchs als mitunter behauptet.

Das geht aus der genetischen Untersuchung von Proben hervor, mit denen sich die Senckenberg-Gesellschaft für Naturforschung im Rahmen des Wolfsmonitoring befasst. „Hybridisierung ist ein seltenes Ereignis“, sagte Carsten Nowak, der Leiter des Genetischen Referenzentrums, in Frankfurt. Nach den aktuellen Zahlen für die Jahre 2017/2018 gibt es nach Angaben der Wissenschaftler in Deutschland 107 Wolfsterritorien und 73 Rudel. Aus der Datenanalyse gehe hervor, dass die Hybridisierungsrate, also die Zahl der nachgewiesenen Mischlinge von Wölfen und Hunden, unterhalb von einem Prozent liege. „Wölfe sind tatsächlich Wölfe“, sagte Nowak.

Der Nachweis von genetisch reinen Wölfen ist unter anderem dann wichtig, wenn es um den Umgang mit Tieren geht, die etwa Schafe oder andere Nutztiere gerissen haben. „Wölfe sind streng geschützt, Hybriden nicht“, differenziert Senckenberg-Generaldirektor Volker Mosbrugger.

Ein Konzept auch für den Freistaat?

# Tirol will bis 2050 frei von fossilen Energieträgern sein

VON RALF MÜLLER

**MÜNCHEN/INNSBRUCK** – Während in Bayern noch leidenschaftlich und kontrovers über Stromleitungen, Gaskraftwerke und Windräder gestritten wird, macht das benachbarte österreichische Bundesland Tirol Nägel mit Köpfen: Am Dienstag legte der stellvertretende Landeshauptmann Josef Geisler (ÖVP) in Innsbruck eine Studie zu den „Ressourcen- und Technologieszenarien Tirol 2050“ vor.

Geislers Fazit: „Die Energiewende ist keine Utopie, sie ist technisch und mit unseren heimischen Ressourcen möglich.“ In etwas mehr als 30 Jahren nämlich soll Tirol nach dem Willen der schwarz-grünen Landesregierung frei von fossilen Energieträgern und damit Treibhausgasen sein.

In Bayern hält man das für nicht erreichbar. Die Staatsregierung verfolge keine Pläne in Richtung Energieautonomie, sagte ein Sprecher von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler). Es sei jedoch wichtig, bei der Energieerzeugung möglichst viel Wertschöpfung in Bayern zu halten. Ebenso solle auch möglichst viel vor Ort erzeugt werden: „Was in Verbrauchsnähe produziert wird, braucht nicht über lange Leitungen transportiert werden.“

Weiter gehen die bayerischen Grünen. Der energiepolitische Sprecher ihrer Landtagsfraktion, Martin Stümpfig, gibt einen ähnlichen Zeithorizont wie die Tiroler aus: „Wir wol-

len klimaneutral werden und Bayern bis 2050 auf 100 Prozent Erneuerbare Energien umstellen. Wir streben einen hohen Anteil an Eigenerzeugung von Erneuerbaren Energien an, aber wollen nicht grundsätzlich den Import – beispielsweise von Offshore-Windstrom – ausschließen.“

Tirol hat es freilich viel leichter als Bayern, weil es über enorme Wasserkraft-Reserven verfügt. Außerdem sind in dem Bundesland gerade einmal 751 000 Einwohner zu versorgen – etwa halb so viel wie die bayerische Landeshauptstadt München allein

zählt. Der öffentliche Verkehr in dem Gebirgsland ist allerdings durchaus eine Herausforderung. Und diese hat die Landesregierung bereits 2017 in Angriff genommen.

Seitdem kostet eine Jahreskarte, die zur Benutzung von Bussen und Bahnen im gesamten Bundesland mit seinen 12 640 Quadratkilometern Fläche berechtigt, 490 Euro. Beschränkt man sich auf eine Region wie etwa den Großraum um die Landeshauptstadt Innsbruck, bezahlt man 380 Euro. Senioren sind mit 250 Euro im Jahr dabei, sofern sie älter als 75 sind mit

nur 125 Euro. Nach Einführung der neuen Tiroler ÖPNV-Tarife ist die Zahl der Stammkunden um 60 Prozent gestiegen.

Zum Vergleich: In München kostet eine nur für das Stadtgebiet (311 Quadratkilometer) geltende ÖPNV-Jahreskarte mindestens 750 Euro. Wenn man im gesamten Tarifgebiet des Verkehrsverbunds unterwegs sein muss, berappt man für ein Jahresticket sage und schreibe 2142 Euro, und das auch nur bei Vorkasse. Bis Landshut, Ingolstadt oder Augsburg kann man damit noch längst nicht fahren.

Die Förderung des ÖPNV, im Nachbarland „Öffis“ genannt, ist ein Teil der Strategie Tirols, um das Land in 30 Jahren energieautonom zu machen. Das österreichische Bundesland erreicht nach der aktuellen Studie die größte Effizienz und die besten Ergebnisse, wenn sowohl in der Mobilität, im Gebäudebereich und in der Industrie hauptsächlich Strom eingesetzt würde.

Wenn man alle identifizierten Energiepotentiale zusammenfasst, kommen die Fachleute auf einen „Endenergiebedarf“ von 54 000 Terrajoule pro Jahr, die insbesondere aus einem weiteren Ausbau der Wasserkraft sowie einem massiven Zubau an Photovoltaikanlagen kommen sollen. Für Projektkoordinator Rupert Ebenbichler bedeutet dies, dass nahezu alle zur Energieproduktion geeigneten Dachflächen in Tirol mit Photovoltaikanlagen bestückt werden müssen.



Tirols Umwelt-Landesrätin Ingrid Felipe (Grüne) preist die günstigen „Öffi“-Tickets des Landes als Teil der Ressourcenstrategie an.  
Foto: Landesregierung Tirol